

An der ersten Sitzung des Clearinghauses für den digitalen Sektor nahmen Behörden mit Regulierungskompetenzen für verschiedene Aspekte der digitalisierten Wirtschaft teil. Gemeinsame Anliegen waren Informations- und Machtunterschiede zwischen Einzelpersonen und den Diensteanbietern, auf die sie sich verlassen. Diskutiert wurde über gemeinsame kurz- und langfristige Fragen wie Datenübertragbarkeit, Fake News und Wählermanipulation, das Auftreten von Aufmerksamkeitsmärkten und die Undurchsichtigkeit von Algorithmen, die bestimmen, wie personenbezogene Daten erhoben und verwendet werden. Erörtert wurden auch Überschneidungen zwischen Rechtsgebieten.

Dabei ging es um vier Bereiche, in denen es Überschneidungen oder möglicherweise Lücken in der Regulierung gibt: unlautere oder nachteilige allgemeine Geschäftsbedingungen für digitale Plattformen, Sicherheitserwägungen für verbundene Dinge und Apps, das Phänomen der „Fake News“ und die langfristigen Auswirkungen von Zusammenschlüssen großer Unternehmen im Techniksektor. Diese Themenbereiche könnten im Mittelpunkt der nächsten Sitzung stehen, die im Herbst stattfinden wird. Die Teilnehmer ermittelten zu Beginn der Diskussion auf der Grundlage bisheriger Erfahrungen Grundsätze für die Zusammenarbeit, um dann Szenarien aufzubauen und Optionen für den Umgang mit diesen Szenarien zu finden. Für Behörden, die sich in die Diskussionen des Clearinghauses für den digitalen Sektor einbringen möchten, sollte ein sicherer Kommunikationskanal eingerichtet werden.

Alle Diskussionen des Clearinghauses für den digitalen Sektor finden unbeschadet der Zuständigkeiten unabhängiger Behörden und bestehender Netzwerke statt.